

Wesentliche Elemente des Sozialstaats sind die gesetzlichen Sozialversicherungen, darunter die gesetzliche Rentenversicherung.

Bis auf die Linke sprechen sich in diesem Wahlkampf alle etablierten Parteien für eine Stärkung der privaten - kapitalbasierten - Altersvorsorge aus. Die Konsequenzen untersucht U. Klingmüller in dem folgenden Beitrag.

Schon Schröders Rentenreform von 2001 räumte mit einer historischen Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung auf: dem sozialstaatlichen Prinzip des solidarischen, gesetzlichen Rentensystem. Die Förderung der privaten - kapitalbasierten - Altersvorsorge ist ein weiterer Schritt hin zur Zerstörung des umlagefinanzierten gesetzlichen Rentensystems.

Auch Hubertus Heil (SPD), Arbeitsminister der Großen Koali-

tion, bricht mit der steuerfinanzierten Grundrente aus dem paritätisch finanzierten gesetzlichen Rentensystem aus, um die Unternehmer vor einer Erhöhung des indirekten Lohns (Sozialabgaben) zu schützen. Die endlosen Rentenkürzungen, die vor allem jene Menschen in die Altersarmut stürzt, die jahrzehntlang in Niedriglohnbereichen geschuftet haben, werden nicht in Frage gestellt.

Mit der folgenden Dokumentation möchten wir die Frage zur Diskussion stellen: Gibt es zum Schutz vor Altersarmut und - Elend eine andere Lösung als die Wiederherstellung des Generationenvertrags zur Sicherung einer den Lebensstandard garantierenden Rente - verbunden mit der Absage an die Privatisierung durch Kapitaldeckung?

c.b.

Aktien-Rente ein gefundenes Fressen für Fondsverwalter!

Dipl.-Ing. Ursula Klingmüller,

Ehem. Referatsleiterin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Land Brandenburg, Projektentwicklerin, ver.di

FDP, CDU/CSU und auch SPD und DIE GRÜNEN sprechen sich in ihren Programmen für den Bundestagswahlkampf 2021 für private - kapitalbasierte - Altersvorsorge aus, d.h. im Klartext für die zusätzliche Absicherung von Renten und Altersbezügen durch Aktien-Fonds. Nur DIE LINKE spricht sich explizit gegen eine kapitalbasierte Rente aus. (siehe Kasten nächste Seite).

Auf EU-Ebene ist jetzt der Weg frei für eine Aktienrente, das Paneuropäische Private Pensionsprodukt (PEPP). Ab dem 22. März 2022 gilt die entsprechende Verordnung dazu in der ganzen EU. Der Kapitalerhalt, der sonst für die Alterssicherung gilt, d.h., man erhält eine Garantie, mindestens den Betrag wiederzubekommen, den man eingezahlt hat, muss bei PEPP nicht erfüllt sein. Die Kosten und Gebühren sind mit 1% des pro Jahr angesparten Kapitals gedeckelt. Damit sind genau die Forderungen

der großen Vermögensverwalter und Fondsanbieter erfüllt. Ihnen ist ein weiteres Geschäftsfeld, das der Alterssicherung eröffnet.⁽¹⁾

Auch Klaus Müller, Vorstand des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (VZBV) spricht sich für eine Aktienrente aus.

Insofern ist es - höchste - Zeit, sich mit Aktienfonds und den darauf fußenden aktienfonds-basierten oder kapitalbasierten Renten auseinanderzusetzen.

Was sind die Vorteile einer kapital- aktienfonds-basierten Rente?

Aktienfonds mit „schöner Entwicklung“

Die Aktienfonds haben in den letzten Jahren eine „schöne Entwicklung“ genommen, wie es im Börsianer-Deutsch heißt. In den letzten (15) Jahren sind die Aktienkurse kontinuierlich gestiegen, im Durchschnitt um ca. 6 bis 7% pro Jahr, im M-Dax sogar um ca. 9% pro Jahr. Thomas Piketty weist in „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (München 2014), nach, dass die Rendite auf Kapital grundsätzlich - im Laufe der Geschichte - stärker steigt als das Einkommen aus Arbeit.

Die breiten Schichten der Bevölkerung nahmen in Deutschland jedoch nur wenig an dieser positiven Entwicklung des Kapitals teil. Denn nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in Deutschland besitzt bislang Aktien. Allerdings ist in letzter Zeit ein Umschwung zu beobachten. „Fondsgesellschaften haben hierzulande im ersten Quartal dieses Jahres von Anlegern soviel Geld eingesammelt wie seit sechs Jahren nicht mehr. Netto flossen ihnen dabei nach Angaben des Branchenverbandes BVI 59,9 Mrd. Euro zu.“ (FAZ, 22.5.21)

Da Zinsen auf Spareinlagen zur Zeit so niedrig bzw. Null sind, sind Aktien eine so günstige Kapitalanlage, und ein Ende der Niedrigzinspolitik ist nicht absehbar.

Insbesondere Aktienfonds, die Aktien ganz vieler Unternehmen enthalten, z.B. einen Aktienindex, z.B. den DAX, abbilden, und auch nur mechanisch ohne intensive Recherche gemanagt werden, nehmen einen günstigen Verlauf. Es handelt sich um sog. passiv investierende Fonds. Eine Form sind die ETFs - Exchange Traded Fonds. Durch die breite Streuung wird das Risiko minimiert, wenn einzelne Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Auch die Verwaltungskosten der ETFs sind niedrig - insbesondere im Vergleich zur Riester-Rente. Sie liegen nur etwa zwischen 0,15 und 0,6 Prozent p.a. der angelegten Summen. Im Vergleich dazu verlangen aktiv investierende Investmentfonds jährliche Gebühren zwischen 1,5% bis 2 %, ganz zu schweigen von den Verwaltungskosten bei der Riester-Rente.

Niedrige Kosten, hohe Renditen, niedrige Zinsen begründen den erheblichen Volumenzuwachs von ETF's.

Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP)

Mit der Verordnung (EU) 2019/1238 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) soll ein Rahmen für einfache, transparente und sichere Zukunftsvorsorgeprodukte geschaffen werden. Beim PEPP handelt es sich um ein Produkt der privaten Altersvorsorge („dritten Säule“). Es soll auf freiwilliger Basis die staatliche und betriebliche Altersvorsorge („erste und zweite Säule“) ergänzen. Die Entscheidung über die steuerliche Behandlung des PEPP liegt in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Ein PEPP darf maximal sechs Anlageoptionen mit unterschiedlichem Chancen-Risiko-Profil aufweisen. Bei sämtlichen Anlageoptionen soll der Einsatz von Garantien oder Risikominderungstechniken für einen angemessenen Kundenschutz sorgen. Die sichere Standardanlageoption wird als Basis-PEPP bezeichnet. Das Basis-PEPP muss

- eine zum Beginn der Leistungsphase fällige Garantie auf das veranlagte Kapital aufweisen oder
- Risikominderungstechniken einsetzen, die mit dem Ziel im Einklang stehen, das veranlagte Kapital zurückzuerlangen.

Die Kosten und Gebühren des Basis-PEPP sind mit 1% des pro Jahr angesparten Kapitals gedeckelt.

Die politische Einigung über das PEPP wurde unter österreichischem Ratsvorsitz 2018 erzielt. Die Verordnung wurde am 25. Juli 2019 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und wird ab 22. März 2022 (zwölf Monate nach Erlass des delegierten Rechtsaktes durch die Europäische Kommission) anwendbar sein. <https://www.bmf.gv.at/themen/finanzmarkt/finanzmaerkte-kapitalmaerkte-eu/paneuropaisches-privates-pensionsprodukt.html> 7.8.2021

Der Schwedische Staatsfonds als Vorbild

Es wird auch immer wieder auf den Schwedischer Staatsfonds verwiesen. Die Schweden müssen 2,5 Prozent ihres Einkommens für die Alterssicherung am Kapitalmarkt in Fonds zu investieren. Ein Großteil der Schweden nutzt den Staatsfonds mit Namen AP7. Der erst 2010 gegründete Staatsfonds investiert in Aktien von rund 2.500 Unternehmen. Zu den größten Investments zählen mit je rund einem Prozent Apple, Microsoft, Exxon Mobil und Johnson & Johnson. Auch regional gesehen liegt der Investitionsschwerpunkt auf Nordamerika, wohin gut die Hälfte der Anlagen fließt. Es folgen Westeuropa und Asien. Schwellenländer sollen hinzukommen.⁽²⁾

Seine Kosten sind mit 0,04 bis 0,13 Prozent pro Jahr niedrig. Die Kapitalmarktorientierung hat mit Renditen zwischen im Schnitt sechs und neun Prozent pro Jahr langfristig funktioniert. Unerwähnt bleibt dabei aber meistens, dass dieser staatliche Aktienfonds die Rendite über Kredite hebt. Auch über die Bilanz des Standardfonds in den ersten Jahren nach der Einführung wird selten gesprochen: Er verlor sieben Prozent im Jahr 2000, elf Prozent 2001 und dann nochmals 27 Prozent 2002.⁽³⁾

Wenn der Fondszeichner 55 Jahre alt ist, wird sein Aktienvermögen schrittweise bis zur Rente in festverzinsliche Papiere umschichtet.

Mit Aktienfonds den Wohlstand anderer Länder anzapfen

Der Vorteil von Fonds ist, dass man den Wohlstand anderer Länder anzapft, um die Renten in Deutschland zu bezahlen. Denn die Fonds investieren in der Regel nicht ausschließlich in Deutschland, sondern auch im Ausland.⁽⁴⁾

Am besten ist es natürlich, wenn man Fonds zeichnet, die nur Aktien ausländischer Unternehmen umfassen. Denn dann arbeiten für die Fondszeichner die Arbeiter/innen, Angestellten der anderen Länder. Man profitiert also von ihrer Arbeit und der Wertschöpfung der Unternehmen in den anderen Ländern.- Auf diesem Prinzip gründet sich Pensionsfonds der „Metallrente mit der Anlagestrategie „Dynamik““.⁽⁵⁾

Andererseits profitieren die USA, die amerikanischen Pensionär, die Fonds gezeichnet haben, die in Deutschland z.B. Wohnungsunternehmen gekauft haben, von den Mietzahlungen der Bewohner dieser Wohnung in Deutschland. Sie unterstützen die USA-amerikanischen Pensionäre. Wenn die Bewohner die Miete nicht zahlen können, springt mittels des Wohngeldes der deutsche Steuerzahler ein. Also eine sichere Sache für die Pensionäre in den USA. – Die Norges Bank, die auch den Government Pension Fund Global managet, hält jeweils 6 Prozent der Aktien von Vonovia und von Deutsche Wohnen.⁽⁶⁾ D.h. Mieter der Wohnung in Deutschland finanzieren diesen Fonds und damit die Renten der Norweger mit.

Um zu verhindern, dass die Bevölkerung anderer Länder von der Arbeit und den Mieten in Deutschland mittels (Pensions-) Fonds profitieren, müsste man den Zugriff dieser Fonds und des Finanzkapitals anderer Länder auf Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften unterbinden. Das ist sicher unrealistisch.

Ansonsten müsste man Fonds auflegen, die nur Aktien im Ausland halten. Eine schöne Aussicht: Die Arbeitnehmer in allen Ländern beuten sich gegenseitig im Streben nach einer möglichst hohen Rente aus. Die Fondsverwalter freuen sich über das Geschäft.

Demographie lässt sich nicht durch die kapitalgedeckte Rente aushebeln.

Die Demographie, niedrige Geburtenraten und längere Lebenserwartung, verbunden mit dem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse⁽⁷⁾, d.h., der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und ein unzureichender Mindestlohn⁽⁸⁾, werden als Argumente für die Gefährdung der umlagefinanzierten Rente und für eine „bedeutende kapitalgedeckte Komponente“ der Alterssicherung angeführt.

Die längere Lebenserwartung führen dazu, dass Renten - unabhängig vom Finanzierungssystem - länger gezahlt werden müssen. Dies trifft kapitalgedeckte und umlagefinanzierte Systeme gleichermaßen.⁽⁹⁾

Entscheidend ist die Zahl der tatsächlich versicherungspflichtig und beitragszahlenden Beschäftigten für die umlagebasierten Renten. Wenn sich diese Zahl erhöht, sind Renten leichter zu finanzieren. D.h., eine richtige Arbeitsmarktpolitik sichert die Renten. Und günstige ökonomische Bedingungen insgesamt erleichtern die Finanzierung. „Gleichwohl gilt die zentrale Einsicht, dass sich Belastungen nicht wegformieren, sehr wohl aber anders verteilen lassen.“⁽¹⁰⁾

Nachteile einer kapital-aktien-basierten Rente: Aktienrente ist nicht sicher

Die kapitalbasierte Rente ist der Volatilität des Marktes, den Schwankungen des Aktienmarktes, ausgesetzt. In der Finanzkrise 2008/9 brachen in den USA die Pensionen für viele weg. Kommt es zu einem Zusammenbruch des Aktienmarktes

Aus dem Programm der Parteien

FDP: Die FDP will, dass „zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird, eben die gesetzliche Aktienrente.“ Sie bezieht sich dabei auf das schwedische Modell des Pensionsfonds. (Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021, S.88.)

CDU/CSU: wollen die private Vorsorge verpflichtend machen, es sei denn, man widerspricht. Sie sprechen sich auch explizit für Produkte ohne Leistungsgarantie aus. D.h., man erhält keine Garantie, mindestens den Betrag wiederzubekommen, den man eingezahlt hat. Dies führt dazu, dass das eingezahlte Geld spekulativ eingesetzt werden kann. Dadurch, wie immer hervorgehoben wird, können höhere Renditen erzielt werden, aber natürlich ist ebenfalls der Verlust des eingezahlten Kapitals möglich. Die Fondsverwaltungen sind aus dem Schneider. Außerdem schlagen sie eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt eines Kindes an vor und wollen prüfen, „wie man die Generationenrente mit einem staatlichen Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem Zugriff – ausgestalten kann.“ (Das Programm für Stabilität und Erneuerung. GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND. S.61)

SPD: „Um den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive private Altersvorsorge zu ermöglichen, setzen wir uns für ein neues standardisiertes Angebot ein, das kostengünstig ist, digital und grenzüberschreitend und (nach schwedischem Vorbild) auch von einer öffentlichen Institution angeboten wird. Die Förderung neuer Verträge werden wir in Form von Zuschüssen auf untere und mittlere Einkommensgruppen beschränken.“ (Das Zukunftsprogramm der SPD, 2021, S.35)

Bündnis 90/Die Grünen: „In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten geringhält, die Risiken breit streut und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er investiert langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er das Potenzial einer guten Rendite.“ (Bundestagswahlprogramm 2021, S.115)

DIE LINKE: „Die Rente darf nicht über Kapitalmärkte „gesichert“ werden – dann ist sie unsicher.“ (Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021. Vorgelegt von Katja Kipping und Bernd Riexinger, S.21)

oder ziehen sehr Reiche oder sehr viele ihr Geld aus dem Aktienmarkt ab oder gehen viele Unternehmen, deren Aktien an den Altersvorsorge-Fonds beteiligt sind, bankrott, verlieren die Altersvorsorge-ETFs natürlich auch an Wert. Und der Fondszeichner, der brav sein Leben lang in den Fonds eingezahlt hat, sieht als Rentner in die Röhre. Das war nach der Finanzkrise in den USA der Fall, die Alten mussten wieder arbeiten gehen. Die kapitalbasierte Rente ist also nicht sicher. – (Der Staatsfonds von Schweden begegnet einer solchen Entwicklung, indem er, wenn der Fondszeichner 55 Jahre alt ist, sein Aktienvermögen schrittweise bis zur Rente in festverzinsliche Papiere umschichtet.) –

Man kann sich auch vorstellen, dass Unternehmen aufgrund des Klimawandels reihenweise ihre Produktion aufgeben. Dann ist wie nach einem Krieg das angesparte Kapital auch weg. So wie nach den beiden Weltkriegen die Kriegsanleihen der Rentenversicherung wertlos waren.

„Renditen lassen sich [zudem] nicht garantieren; und sie unterscheiden sich je nach Jahr des Beginns der Einzahlung und der dann folgenden Auszahlung. Deshalb ist es bei kapitalmarktabhängigen Altersvorsorgeleistungen systematisch überhaupt nicht möglich, ein definiertes Leistungsziel Lebensstandardsicherung (mit einer Maßgröße) vorzugeben.“⁽¹¹⁾

Die positive Entwicklung am Aktienmarkt basiert zur Zeit nicht in erster Linie auf der Steigerung der Produktivität und vermehrten Wertschöpfung der Unternehmen, sondern kommt dadurch zustande, dass immer mehr Leute ihr Geld in Aktien anlegen. Es entsteht ein Schneeballeffekt. Je mehr Geld in den Aktienmarkt strömt, je mehr mitmachen, um so höher steigen die Kurse.

Am deutlich gestiegenen Kurs/Gewinn-Verhältnis ist diese Entwicklung abzulesen. Es dauert immer länger, bis der Wert einer Aktie durch den Gewinn des Unternehmens gedeckt ist. Es ist daher wieder einmal zu erwarten, dass diese Entwicklung durch heftige negative Kursreaktionen abrupt korrigiert wird.

Man stelle sich vor, was los ist, wenn tatsächlich alle Beschäftigten in Deutschland (und auch in vielen Staaten) zusätzlich vorsorgen, mit etwa 4% ihres Einkommens!⁽¹²⁾ Riesige Anlagevolumina müssten auf den Märkten untergebracht werden. Die Aktienkurse würden weiter steigen. Aber dem ständen keine adäquate gesteigerte wirtschaftliche Leistung gegenüber.

Umgekehrt gilt auch, wenn stark besetzte Alterskohorten ihr Kapital auflösen, können die Aktienkurse einbrechen. Dann müsste der Staat wieder einspringen, die Aktien aufkaufen, um die Kurse zu stabilisieren, oder die Alten steuerfinanziert unterstützen, also die Gemeinschaft der Steuerzahler wäre wieder gefragt, - oder die Älteren hätten geringere Erträge/Rente oder verlören ihre Renten ganz.

Durch die Kapitalbasierung lässt sich die Demographie nicht außer Kraft setzen.

Durch die Kapitalbasierung lässt sich nicht die Demographie außer Kraft setzen: Denn „Zu dem Zeitpunkt, an dem die stark besetzten Kohorten der Älteren ihr Kapital auflösen, müssen die weniger werdenden Jüngeren stärker sparen, um den Kurswert der Anlagen nicht absinken zu lassen. Denn wenn es bei einer schrumpfenden Bevölkerung nicht genügend Käufer für die aufzulösenden Vermögenstitel einer wachsenden Zahl von Rentnern gibt, fallen deren Kurse und damit deren Wert.... Tun dies die Jüngeren nicht, müssen die Älteren mit geringeren Erträgen rechnen. Es bleibt die Einsicht, dass sich das realwirtschaftliche Problem, nämlich dass mehr Ältere durch weniger Jüngere versorgt werden müssen, nicht durch die Wahl der Finanzierungsförmung umgehen lässt. Vielmehr kommt es darauf an, dass das Sozialprodukt in Zukunft steigt und hoch genug ist, um den Prozess der intergenerationalen Umverteilung ohne Einkommensverluste realisieren zu können.“⁽¹³⁾

Es werden die höheren Belastungen der Arbeitnehmer, die nach der jetzigen Ausgestaltung der umlagebasierten Rente nötig werden, aber natürlich für die Finanzierung der zusätzlich geforder-

ten kapitalbasierten Alterssicherung ebenfalls nötig sind, „in den Modellen der privaten Vorsorge gleichsam versteckt.“⁽¹⁴⁾ Zusätzlich zu den Beiträgen für die umlagefinanzierte Rente müssen die Beschäftigten noch die Beiträge für eine kapitalbasierte Rente aufbringen.

Die kapitalbasierte Alterssicherung verschärft die soziale Spaltung

Selbst wenn eine kapitalbasierte Alterssicherung obligatorisch wäre, führte sie nicht zu einer flächendeckenden Absicherung. „Denn Personen, die wegen Krankheit, Behinderung, Kindererziehung, Pflege oder Arbeitslosigkeit zwischenzeitlich oder gar längerfristig nicht berufstätig sind, bleiben im Alter unversorgt oder unterversorgt. Einen sozialen Ausgleich gibt es nicht.“⁽¹⁵⁾

Privaten Fonds- und Vermögensverwaltern freuen sich über ein weiteres, staatlich empfohlenes Geschäftsfeld

Die großen privaten Fonds- und Vermögensverwalter, wie Black Rock, Vanguard, State Street, Fidelity und Capital Group (die fünf größten Vermögensverwalter der Welt), sind schlaue und geschäftstüchtige Unternehmen. Sie wollen ihr Geschäftsfeld ausweiten. Da sind die niedrigen Zinsen und die sinkenden Renten und Rentenerwartungen für sie günstig. Die besorgte Bevölkerung sucht nach einer Sicherung ihrer Spargroschen für die Zukunft und das Alter. Diese Situation greifen die Fonds auf und bieten eine einfache und -scheinbar- günstigen Ausweg mit niedrigen Kosten. Für die Fonds ist es ein riesiges Geschäft, wenn sehr viele Leute die Fonds zeichnen. Da die Steuerung der Fonds durch Algorithmen, z.B. Aladdin von Blackrock erfolgt, haben sie kaum Kosten, nur Gewinn durch die Verwaltungsgelder, die sie erheben. – Durch PEPP ist seitens der EU den Fondsverwaltern Tor und Tür für das Geschäftsfeld der Alterssicherung eröffnet worden.

Die Macht der Fondsverwalter steigt weiter

Wenn große Bevölkerungsteile Fonds gezeichnet haben, steigt der Einfluss und die Mächte der Fonds weiter. Nicht nur verfügen sie über noch mehr Geld, welches sie in noch mehr Unternehmen investieren können, sondern ihre Legitimationsbasis erweitert sich. Schon jetzt hält Blackrock Aktien an 18.000 Unternehmen und hat sich durch „Aladdin“, eine algorithmisch gesteuertes Beurteilungs- und Prognose-Instrument geschaffen, welches ihm Einfluss in Wirtschaft und Politik sichert. Darüber hinaus wächst Blackrock eine Aura und ein Einflussmöglichkeit durch den schieren Reichtum zu. In Davos wird Lawrence Fink, Besitzer von Blackrock, wie ein aus dem Überirdischen Abgesandter behandelt („Heiligenschein-Effekt“).⁽¹⁶⁾

Die Fondsverwalter haben Interesse an der Ausweitung ihres Geschäftes. Sie haben persönlich riesiges Einkommen und für sich und ihre Familien ausgesorgt. Gegenüber den Fondszeichner haben die privaten Fondsverwalter keine Verpflichtungen. Wenn die Fondsentwicklung negativ ist und die Rentner ihre Renten verlieren, betrifft sie das nicht. Im Zweifel muß dann der Staat, die Gemeinschaft des Staatsvolkes eintreten, um die Rentner zu ernähren. Wie bei der Rettung der Banken, weil sie systemrelevant waren, müsste dann bei einem Zusammenbruch des Aktienmarktes, einer Finanz- und Wirtschaftskrise der Staat zur Rettung der Fondsverwaltungen einspringen. Das war bereits in den USA im Corona-Crash im März 2020 der Fall. Da haben viele Anleger aus Hedgefonds und anderen Anlagen ihr Geld abgezogen. Die Fonds kamen unter Liquidationsdruck. Sie mussten ihre Wertpapiere verkaufen, um die ausstiegswilligen Kunden bedienen zu können... Die amerikanische Notenbank Fed hat das Problem gelöst, indem sie alles gekauft hat.⁽¹⁷⁾

Fondszeichner Gefangener des Finanzkapitalismus

Die Bevölkerung wird unmittelbar an die Finanzunternehmen gebunden, da ihr eigene unmittelbare Versorgung davon

abhängt. Das so verfasste Wirtschaftssystem muss unbedingt erhalten bleiben, weil ja sonst unmittelbar die eigene Existenz gefährdet ist. Peter Grottian sprach immer davon, dass die Bürger zu „Blackrock-Bürgern“ würden. Eine Überwindung des kapitalistischen, renditegetriebenen Systems wird immer unwahrscheinlicher, im Gegenteil: die Demokratie wird durch Macht und Einfluss der Fondsverwalter geschwächt.

Die **aktienbasierte Rente** zementiert die **umweltschädigende Wirtschaft**. Denn die von zukünftigen Rentnern gezeichneten Fonds, besonders die ETFs, sind in aller Regel auch an „fossilen“ Unternehmen beteiligt sind. Im Bestreben (hohe) Renditen zu erhalten, wollen sie nolens volens keine Veränderung, sondern die bestehenden umweltschädigenden Unternehmen erhalten.

Der Fondszeichner wechselt auf die Seite der Unternehmer. Er will Rendite sehen. Er wird zum Ausbeuter. – Jeremy Rifkin beschreibt in seinem Buch „Der globale Green New Deal“, 2019, Frankfurt a. Main, S. 175, dass die Fonds auch in Unternehmen investieren, in denen ihre Fondszeichner arbeiten und die ihre Standorte schließen oder verlagern, so dass die Fondszeichner arbeitslos werden. D.h. zugespitzt, der Fondszeichner schafft seinen eigenen Arbeitsplatz ab. Oder die Mieterin sorgt als Fondszeichner eines Immobilienfonds, der ihre Wohnung gehört, für die Steigerung ihrer eigenen Miete.⁽¹⁸⁾ **Die Fondszeichner werden zu ihren eigenen Ausbeutern.**

Umlagefinanzierte Rente stärken

Die umlagebasierte Rente und der **gesetzlich gesicherte Generationenvertrag des Volkes** sind eng miteinander verbunden. Die Eltern ernähren ihre Kinder, die Kinder ernähren ihre alten Eltern und so macht es jede Generation.

Bei der umlagefinanzierten Rente entsteht das oben beschriebene Dilemma gar nicht erst. Denn sie funktioniert nach dem Prinzip „rein – raus“: die vom Lohn einbehaltenen Sozialabgaben der abhängig Beschäftigten werden nirgendwo angelegt, sondern sofort für die fälligen Rentenzahlungen verwendet. Die Verwaltungskosten sind ebenfalls sehr gering.

Durch den Produktivitätsfortschritt müsste die Versorgung der Bevölkerung auch immer leichter werden, so auch die Sicherung der Rente.

Das hat natürlich zur Voraussetzung, dass man alles daran setzt, dass die Wirtschaft, technischer Fortschritt, Wissenschaft, Natur, Bildung in einem Land gedeiht und der Klimawandel bewältigt wird. Der Staat muss mit Hilfe der Steuern für eine gute nützliche nachhaltige Infrastruktur sorgen, also Daseinsvorsorge betreiben. Dazu gehört auch für erschwinglichen Wohnraum zu sorgen und diesen nicht dem Zugriff des Kapitals zu überlassen und der Profitmaximierung bzw. der Absicherung von Pensionsfonds aus dem Ausland. Wohnraum gehört in die Verfügungsgewalt derjenigen, die ihn finanziert haben und das ist zum überwiegenden Teil die öffentliche Hand. Natürlich muss für ein optimales Management gesorgt werden. -

Für dieses weitaus stabilere Rentensystem müssen die Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden und Arbeitnehmereinkommen steigen. Die Auflösung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und die Niedriglohnpolitik auf der einen Seite, die Machtzunahme des Finanzkapitals mit den Vermögens- und Fondsverwaltern auf der anderen Seite sind zweiten Seiten derselben Medaille.

Die umlagebasierte Rente beruht nur auf den Arbeitseinkommen (50% AN: 50% AG). Die Basis für die Finanzierung der Rente müsste erweitert werden. Als Bemessungsgrundlage ständen die sieben Einkommensarten (nicht nur die Arbeitseinkommen) nach dem Einkommenssteuergesetz zur Verfügung: Einkünfte aus Landwirtschaft, Gewerbe, freiberuflicher Tätigkeit, Arbeitseinkommen (inkl. Beamte), Mieten und Verpachtung, Kapitaleinkommen, sonstiges Einkommen müssten herangezogen werden.

Ein erster Schritt wäre es, die Bemessungsgrenze bei den Arbeitseinkommen zu beseitigen.

Bei der ganzen Rentendiskussion könnte auch die Vermögensverteilung in den Blick genommen werden. Durch eine entsprechende Besteuerung wäre mehr Geld für die Flankierung der Rente aus Steuermitteln möglich. Das Privatvermögen der Deutschen beträgt gegenwärtig 20 Billionen Dollar, so die Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group.⁽¹⁹⁾ Das private Finanzvermögen beträgt 9 Billionen Dollar.

Also es gäbe viele Stellschrauben, um für sichere Renten zu sorgen. Tor und Tür für Vermögens- und Fondsverwalter zu öffnen, ist nicht nötig.

(1) Vgl. dazu Werner Rügemer, Blackrock und die Europa Rente, 18. Juni 2021 <https://www.nachdenkenseiten.de/?gastautor=werner-ruegemer> 7.8.2021

(2) Vgl. Helmut Steuer, Schwedischer Staatsfonds AP7 - Rendite fernab von Anleihen, 26.10.2016 <https://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/fonds-etf/schwedischer-staatsfonds-ap7-rendite-fernab-von-anleihen-14739364.html?ticket=ST-1923797-PbrtwrixCz5qadCVVO4x-ap5> 5.8.2021

(3) Christian Kirchner, 6. November 2018, Warum das schwedische Vorsorgemodell einen Haken hat, Capital; Vgl. FAZ, 19.

Juli 2021, „Die Rente am Scheideweg“, von Timm Bönke, Berlin

(4) Vgl. Hans-Böckler Stiftung Dossier Nr. 4, 01.2020, S.29: Hilmar Höhn SOLIDARISCHE ALTERSVORSORGE UND DEMOKRATISCHE VERTEILUNG

(5) Siehe Hans-Böckler Stiftung a.a.O., ebd.. „So ist der Pensionsfonds der Metallrente mit der Anlagestrategie „Dynamik“ zu 50 Prozent in den USA investiert, zu acht Prozent in Korea und zu sieben Prozent in China. Als einziges europäisches Land taucht im Portfolio Frankreich mit einem Anteil von drei Prozent auf. Deutschland findet sich unter anderen. Zwei Prozent des Portfolios machen Anteile an Microsoft aus, 1,5 Prozent der Anlage-summen stecken in Amazon und fast ebenso viel Metallervermögen ist in dem chinesischen Software-Riesen Tencent angelegt (Metallrente 2, 2019). Damit erwirtschaftete die Metallrente im laufenden Jahr 2019 10,2 Prozent, pro Jahr verdiente der 2003 aufgelegte Fonds für seine Anleger im Mittel mehr als fünf Prozent per anno (Metallrente 2, 2019).“

(6) Vgl. FAZ 26.5.2021: „Was Aktionäre jetzt wissen sollten.“ Von Tim Kanning und Daniel Mohr. Frankfurt

(7) Vgl. FAZ, 19. Juli 2021, „Die Rente am Scheideweg“, von Timm Bönke, Berlin

(8) siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1070: „So müsste der gesetzliche Mindestlohn so hoch angesetzt sein, dass nach langjähriger Erwerbstätigkeit eine Altersrente oberhalb der Grundsicherung erreicht wird.“ - Danach müsste er bei 17,60 € pro Std. liegen.

(9) Siehe Gerhard Bäcker, Gerhard Naegle, Reinhard Bispinck: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Band 2, 6. Auflage, Wiesbaden, 2020, S.1061

(10) Siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O. ebd.

(11) Siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1069

(12) Vgl. Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1069.

(13) Siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1062. Diese demographische Entwicklung der alternden Gesellschaften trifft auf Europa und China zu. Aber in den Schwellenländern ist die demographische Entwicklung ganz anders. Insofern würde es Sinn machen, Aktienfonds von Unternehmen in diesen Ländern zu zeichnen.

(14) Siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1070

(15) Siehe Gerhard Bäcker et. al., a.a.O., S.1069

(16) vgl. Sandra Navidi, Super-Hubs- Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren, 2016. München, S.55 ff

(17) Vgl. FAZ: Gamestop zwingt zum Handeln, 6.2.2020, S.39

(18) Beitrag einer Hörerin im rbb radiokultur 2020, Tagesthema

(19) FAZ, 10. Juni 2021, S. 23: Johannes Ritter: „Deutsche haben 20 Billionen Dollar“